

## **„Die Potentiale der Menschen mit Einwanderungsgeschichte berücksichtigen!“**

### **Integrationsminister Dr. Stamp auf der Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrates NRW**

Pressemitteilung vom 17.04.2021

Der NRW-Integrationsminister und stellvertretender Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp warb am heutigen Samstag in der Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrates NRW für den Entwurf zu einem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz. Vor den Delegierten der Integrationsräte – die kommunalen Fachgremien zur Gestaltung der Integrationspolitik vor Ort und die Interessenvertretungen der Menschen mit internationaler Familiengeschichte – sagte der Minister, dass die Potentiale der Menschen mit Einwanderungsgeschichte, wie die natürliche Mehrsprachigkeit, im novellierten Gesetz berücksichtigt werden. Das Teilhabe- und Integrationsgesetz soll noch vor der Landtagswahl in NRW im kommenden Jahr grundlegend reformiert werden. Der Landesintegrationsrat wurde gebeten, eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf einzureichen. In der anschließenden Diskussion motivierte der Minister die Vertreterinnen und Vertreter der Integrationsräte, sich nicht entmutigen zu lassen und beharrlich bei den für sie wichtigen Themen in den Kommunen nachzufragen.

Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW, danke dem Minister für seine Teilnahme an der Sitzung und die gute Zusammenarbeit. Mit Blick auf den Gesetzentwurf machte er deutlich, dass er sich eine stärkere Ausrichtung an der Lebensrealität und den Bedürfnissen der Menschen mit internationaler Familiengeschichte wünsche, die schon lange in Deutschland leben. Von den 5,2 Millionen mit nicht-deutschen Wurzeln in Nordrhein-Westfalen sei nur ein sehr kleiner Teil kürzlich zugezogen. „Wichtig ist doch, dass das Land auch denjenigen ein Angebot macht, die bereits seit Jahrzehnten in NRW sind oder ihr ganzes Leben hier verbracht haben. Das Teilhabe- und Integrationsgesetz sollte Grundlage für die Implementierung von Strukturen und Maßnahmen sein, die Diskriminierung abbauen und Wertschätzung für die vielschichtigen Identitäten der Menschen mit internationaler Familiengeschichte schaffen. Die Förderung von natürlicher Zweisprachigkeit und interkulturellen Kompetenzen spielt dabei eine zentrale Rolle,“ so Keltek in der Hauptausschusssitzung.

Die Delegiertenversammlung fand erstmalig nach den Integrationsratswahlen im September 2020 statt. Infolge der Coronapandemie musste sie mehrfach verschoben werden und wurde aufgrund der Schutzbestimmungen als Videokonferenz durchgeführt. Über 100 Delegierte der Integrationsräte und zahlreiche Gäste nahmen an der Sitzung teil.